

# „Von einer Parteidisziplin in die nächste?“ Tagung in Gotha anlässlich der Gründung der USPD vor 90 Jahren

Mario Hesselbarth

„Der deutsche Geschichtsdiskurs und die deutsche Geschichtsvermittlung sind traditionell stark auf das spannungsvolle Wechselverhältnis von SPD und KPD ausgerichtet. Diese Parteien gelten gemeinhin als reformerische oder revolutionäre Variante der deutschen Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert. Die USPD dagegen ist kaum bekannt. Im April 1917 hier in Gotha gegründet, spaltete sie sich schon dreieinhalb Jahre nach ihrer Gründung, nämlich im Oktober 1920 im Streit um die Aufnahmebedingungen in die Kommunistische Internationale. [...] Oberflächlich betrachtet hat die USPD nur wenige Spuren hinterlassen. Aufgrund der kurzen Lebensdauer wird sie meist als „Fußnote“ oder als vorübergehendes Spaltprodukt einer entweder als notwendig oder als beklagenswert begriffenen Differenzierung in der deutschen Arbeiterbewegung betrachtet. Diese Sicht ist falsch.“

Mit diesen einleitenden Worten umriß *Steffen Kachel*, Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V., das Anliegen ihrer am 28. April 2007 in Gotha veranstalteten Tagung.<sup>1</sup> Anlaß war der 90. Jahrestag der Gründung der USPD vom 6. bis 8. April 1917 am gleichen Ort. Durchaus mit Blick auf Fragen, die aktuell auch die sich gegenwärtig neu formierende Linke in Deutschland beschäftigen, wollten die Veranstalter der Frage nachgehen, inwieweit es sich bei den Politikansätzen der USPD um demokratisch-sozialistische Ansätze handelte, die alternativ zur Politik von SPD und KPD standen, letztlich jedoch scheiterten. Dabei war von vornherein klar, daß es nur um den Beginn eines längeren Diskussionsprozesses gehen konnte, in dem unterschiedliche Sichten zur Sprache kommen müssen. Vor diesem Hintergrund profitierte die Veranstaltung von der Tatsache, daß Historikerinnen und Historiker verschiedener Generationen und Herkunft als Teilnehmer gewonnen worden waren. Dadurch gelang es, die historischen Ereignisse aus unterschiedlichen Perspektiven zu beleuchten und die in der Betrachtung oftmals dominierenden Sichtweisen auf die Geschehnisse in Berlin bzw. auf der Reichsebene zumindest teilweise zu durchbrechen. Hierzu trug auch bei, daß *Heinz Niemann* (Berlin) die Einsichten und Ergebnisse der DDR-Geschichtsschreibung kritisch hinterfragte und deren Leistungen wie Fehleinschätzungen aus seiner Sicht benannte.

Insgesamt konnte die Veranstaltung die ganze Vielschichtigkeit der USPD zumindest andeuteten. Zum einen existierte die USPD als radikalisierte Minder-

---

1 Siehe dessen Beitrag in diesem Heft S.26-32.

heit am Rand des Spektrums der Arbeiterbewegung und zum anderen als lokale/regionale Mehrheitspartei, die zum Dach des sozialistischen Milieus wurde. Solche Dominanzgebiete der USPD waren Sachsen, Berlin und das Berliner Umland sowie Thüringen, wo sie im Reichstagswahlkreis 12, der das Land Thüringen und die preußischen Teile umfaßte, bei der Reichstagswahl im Juni 1920 mit etwas über 30 Prozent die stärkste Partei wurde.

Das regionalgeschichtliche Bild zeichneten die Beiträge, die sich mit der württembergischen und der thüringischen USPD beschäftigten, konkreter nach. Während *Hartmut Henicke* (Berlin) hervorhob, daß sich die SPD in Württemberg faktisch bereits vor dem Ersten Weltkrieg spaltete,<sup>2</sup> hielt in Thüringen die große Mehrheit selbst der oppositionell eingestellten Sozialdemokraten bis zur Gründung der USPD an der Parteieinheit fest, wie *Mario Hesselbarth* (Jena) herausstellte.

Im Oktober 1917 vollzogen die Stuttgarter Linken als Teil der Spartakusgruppe den Anschluß an die USPD. Damit wurde die württembergische USPD von ihnen dominiert. Das Konzept der Spartakusgruppe, die USPD zu majorisieren, hatte in Schwaben funktioniert, weshalb Henicke sein Thema unter der Fragestellung behandeln konnte, ob hier das Modell einer dezidiert linken USPD praktiziert wurde. Jedoch waren deren Potentiale bereits mit der Novemberrevolution erschöpft.

Demgegenüber spielte die radikale Linke in Thüringen eine eher marginale Rolle, während hier große Teile der Sozialdemokratie zur USPD wechselten. Vor allem im anderen Agieren der Thüringer Spartakusanhänger sah Hesselbarth auch den Unterschied zu Stuttgart. In Thüringen hatte sie sich nach Gründung der USPD dieser angeschlossen, für sie gab es trotz der Meinungsverschiedenheiten in der Aktion keine wesentlichen Differenzen mit der neuen Partei.

Deren politische Wirksamkeit kam in Thüringen nach der Novemberrevolution 1918/19 in unterschiedlicher Form zum Ausdruck. Während im ostthüringischen Volksstaat Reuß, so Kachel, Kautskys Schrift „Sozialdemokratische Bemerkungen zur Übergangswirtschaft“ gewissermaßen in gesellschaftlicher Praxis erprobt, Mindestlöhne und Arbeitszeiten gesetzlich geregelt wurden, gab *Michael Kellner* (Eisenach) einen Einblick in die rätedemokratische Konzeption des Gothaer USPD-Politikers Hermann Brill und deren Weiterwirken bis in die Zeit nach 1948/49, denn Brill gehörte zu den Vätern des Grundgesetzes der Bundesrepublik.

Im Zusammenhang mit dem Agieren der Spartakusgruppe bis zu ihrem Ausscheiden aus der USPD und der Gründung der KPD diskutierten die Teilnehmer der Veranstaltung kontrovers über die Frage, inwieweit die historische Situation und die revolutionäre Perspektive im Dezember 1918 offen waren.

---

2 Siehe dessen Beitrag in diesem Heft S.33-47.

In seinem Beitrag zur Debatte, die über die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung auf dem Gründungsparteitag der KPD geführt wurde, unterstrich *Marcel Bois* (Hamburg), daß die optimistische Haltung der radikalen Parteitagsmehrheit, große Teile der Arbeiterklasse würden sich einem Wahlboykott anschließen, eine reale Basis in der revolutionären Situation im internationalen Maßstab hatte, zugleich jedoch auf einer völligen Fehleinschätzung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in Deutschland basierte. Dennoch, so ein Redner in der sich anschließenden Diskussion, hätten die damals Agierenden das Recht und die Pflicht gehabt, im Sinne einer offenen historischen Situation alle Mittel bis hin zum Aufstand einzusetzen, um die Revolution weiterzutreiben. Dieser Auffassung mochten sich die übrigen Diskussionsteilnehmer nicht anschließen.

Auf die grundlegenden Positionen der Spartakusgruppe/des Spartakusbundes zur Gründung und Entwicklung der USPD machte anschließend *Ottokar Luban* (Berlin) noch einmal aufmerksam. Die Luxemburg-Liebknecht-Gruppierung vertrat eine grundsätzliche revolutionäre Politik, während die gemäßigte Opposition, insbesondere deren Reichstagsabgeordnete, ihre Ablehnung der Kriegskredite mit der Sicherung der deutschen Grenzen begründete, also die Landesverteidigung bejahte. Während die Spartakusführer von den Vertretern der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ (SAG), wie sich die Minderheit nach Ausschluß aus der SPD-Reichstagsfraktion im März 1916 nannte, ein radikales, offensives Auftreten innerhalb der Partei, im Reichstag und vor allem in der Öffentlichkeit forderten, plädierte die gemäßigte Opposition für einen vorsichtigen Kurs. Bereits während des Krieges und vor allem im Verlauf der Novemberrevolution täuschte sich die Führung der Spartakusgruppe über die eigenen Möglichkeiten und unterschätzte zudem das revolutionäre Potential innerhalb der USPD. Wäre „Spartakus“ Ende 1918 in der USPD verblieben, so Luban, dann hätte aus dieser Anfang 1919 eine revolutionäre Massenpartei auf dem Boden des Räteregimes entstehen können. Die negativen Folgen für die deutsche Arbeiterbewegung infolge ihrer Spaltung wären eventuell vermieden worden, eine These, die offenbleiben mußte, da insgesamt leider zu wenig Zeit für die Diskussion der einzelnen Beiträge blieb. Bedauerlich ist das an diesem Punkt vor allem deshalb, weil *Kurt Schneider* (Leipzig) in seinem Beitrag die Meinung vertreten hatte, die Gründung der USPD sei gegen die Schaffung einer eigenständigen linken Arbeiterpartei, die vom Geist Karl Liebkechts und Rosa Luxemburgs erfüllt worden wäre, gerichtet gewesen.

Abschließend wurde, entsprechend dem Tagungsthema, das Problem Parteidisziplin sowohl in seinem historischen Bezug als auch mit Blick auf aktuelle Diskussionen erörtert. *Ulla Plener* (Berlin) beleuchtete in ihrem Beitrag den Umgang mit Parteidisziplin in der deutschen Sozialdemokratie anhand derer Statuten von 1890 bis 1912. Sie machte deutlich, daß dabei die Einheit des Parteiwerdens in der Aktion bei Freiheit der Diskussion und der Kritik, auch an der Parteiführung gemeint war. In diesem Zusammenhang ging sie auf die Parteeinstellungen Lenins ein, der sich in diesem Punkt an das Vorbild der

Bebelschen SPD gehalten habe, und stellte quellengestützt die klassische These von seinem autoritären Avantgardepartei-Konzept in Frage.

Danach folgte ein Redebeitrag von *Ina Leukefeld*, die kurzfristig den ursprünglich als Redner vorgesehenen Knut Korschewsky, Landesvorsitzender der Thüringer Linkspartei, vertrat. Korschewsky gehört zu den Autoren des Diskussionspapiers „Freies oder privatisiertes Mandat – Parteien, Abgeordnete und das Gemeinwohl“, das zwar nicht in der Dimension, wohl aber im Kern genau jene Fragen diskutiert, vor denen Liebknecht und die innerparteiliche Opposition 1914/15 standen. Durch den Vergleich mit der damaligen Situation wollten die Veranstalter versuchen, die im Papier gegebenen Antworten kritisch zu hinterfragen. Dazu hätte es jedoch einer Darlegung der Gedanken und Motive der Autoren bedurft, was Leukefeld aus verständlichen Gründen nicht leisten konnte.

Damit kam die ursprünglich geplante Diskussion nicht zustande, vielmehr liefen zwei Debatten parallel nebeneinander, wobei die aktuellen Widersprüche politischer Arbeit innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zunehmend in den Vordergrund traten und der eigentliche historische Hintergrund aus dem Blick geriet.

Es bleibt zu hoffen, daß Impulse wie die der Gothaer Veranstaltung weiterhin gegeben werden, um die Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung stärker ins Bewußtsein der heute politisch Aktiven zu rücken.